

## Unsere Antworten auf den Rechtsruck – Solidarität und Zusammenhalt statt Hetze und Spaltung

Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Sowohl in Form des steigenden Gefährdungspotential durch rechtsextreme Terror- und Vorfeldorganisationen als auch durch die in weiten Teilen rechtsextreme AfD.

Dass aktuell von anderen politischen Kräften versucht wird, die AfD zu kopieren, sowohl im Stil als auch im Inhalt, ist besorgniserregend. Dadurch werden ihre menschenverachtenden Aussagen verharmlost und gesellschaftsfähig gemacht. Insbesondere die CDU-MV sticht hierbei hervor, indem sie die Demonstrationen für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus diskreditiert und zunehmend rechte Narrative übernimmt. Die Kooperation von Teilen der CDU mit der AfD auf kommunaler Ebene ist hierbei kein neues Phänomen. Seit vielen Jahren wollen zumindest Teile sogenannter bürgerlicher Parteien auf eine Kooperation und Mehrheiten zusammen mit der AfD hinaus. Wir nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, dass diese Teile an Einfluss gewinnen und getroffene Unvereinbarkeitsbeschlüsse sich als Lippenbekenntnisse ohne durchgreifende Substanz herausstellen.

Jede Form von Kooperation mit der AfD, sei sie direkt oder indirekt, vor Ort in der Kommune oder auf Landes- oder Bundesebene, wie auch auf europäischer Ebene verhilft dieser zu Mehrheiten, die sie aus eigener Kraft nicht erringen könnte<sup>a</sup> und verdreht die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse in unserer demokratischen Gesellschaft. Hierdurch werden faschistisches Gedankengut und ihre Träger\*innen nicht nur legitimiert, ihnen wird auch zu<sup>r</sup> Macht verholfen und so die Sabotage unserer Demokratie erst ermöglicht.

Uns als SPD kommt hierbei eine zentrale Aufgabe zu. Unsere Wurzeln liegen in der Arbeiter\*innenbewegung und somit auch in einer antifaschistischen Grundhaltung. Dementsprechend verbietet sich jede Zusammenarbeit mit Rechtsextremen auf jeder Ebene. Sollten sich Kooperationen auf lokaler Ebene abzeichnen, gilt es entsprechende Maßnahmen im Sinne von Parteiordnungsverfahren zu ergreifen und klar zu verurteilen, so wie es in Vergangenheit bereits erfolgt ist. Wer rechte Positionen übernimmt, legitimiert diese und macht sie noch lauter. Dagegen stellen wir uns vehement. Unsere Antworten auf rechte Erzählungen sind stets demokratisch und solidarisch.

Die SPD ist als demokratische Kraft mit einer klaren Grundhaltung das Gegenmodell. Unsere Antwort auf den erstarkenden Rechtsextremismus ist ein klares Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung, zum Rechtsstaat und zur Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes. Mit Haltung und Entschlossenheit begegnen wir allen Feinden dieser grundlegenden Prinzipien. Eine Kooperation anderer politischer Kräfte mit der AfD werden wir nicht tolerieren. Wer mit der AfD kooperiert, verlässt den gemeinsamen Boden demokratischer Parteien. Ebenso lehnen wir es ab, die Inhalte der AfD zu kopieren und warnen hiervor alle politischen Mitbewerber\*innen eindringlich! Viele Studien belegen, dass das Übernehmen von rechten Narrativen und die Kooperation mit Rechtsextremen diese nur stärkt. Insbesondere die Wahl in den Niederlanden, aber auch in Schweden und Italien haben dies eindrucksvoll bezeugt.

Das aktuelle Umfragehoch der AfD ist auch in einem internationalen Kontext zu sehen, denn die Rechte ist weltweit gut vernetzt. Das ist nicht nur besorgniserregend, sondern stellt eine ernstzunehmende Gefahr dar. Die Gründe dafür sind sehr vielschichtig, deshalb kann es auch keine monokausalen Antworten geben. Es gibt viele Gründe, die die aktuelle Entwicklung begünstigen. Deshalb müssen auch unsere Antworten darauf vielseitig sein.

Darum verbindet unser Maßnahmenkatalog einen Politikansatz, der an der Seite der demokratischen Zivilgesellschaft steht, Vertrauen in die Demokratie stärkt sowie wiederherstellt, eine Innenpolitik, die ihre Prioritäten in der Bekämpfung des Rechtsextremismus

sieht und eine klare und konsequente Haltung als Partei.

### Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft

Mut in dieser Zeit macht die aktuelle Demokratiebewegung in Deutschland und auch insbesondere in MV. In den letzten Monaten sind zehntausende Menschen in Rostock, Schwerin, Stralsund, Greifswald, Wismar, Güstrow, Ludwigslust, Bergen, Pasewalk, Anklam und vielen weiteren Städten auf die Straße gegangen. Die Zivilgesellschaft in MV will die Demokratie verteidigen und aufzeigen, dass die Demokrat\*innen in dieser Gesellschaft die Mehrheit sind. Jede Diskreditierung dieser Menschen ist unredlich und bestätigt nur Verschwörungstheorien von Rechtsaußen. Es braucht einen Konsens aller demokratischen Parteien, diese Demokratiebewegung zu unterstützen. Sowohl auf der Straße als auch in den Parlamenten.

Dafür braucht es eine breite Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft, durch Maßnahmen in der politischen Bildung sowie eine ausreichende Finanzierung demokratiefördernder Projekte. Insbesondere das Demokratiefördergesetz auf Bundesebene ist hierbei zentral.

Deshalb wollen wir:

- Das Demokratiefördergesetz stärken und auch im Land weitere Programme und Maßnahmen zur Förderung des Engagements auflegen. Hierfür ist eine enge Zusammenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung mit der Bundeszentrale notwendig. Beide müssen für den Kampf gegen antidemokratische Kräfte höhere finanzielle Mittel zugestanden bekommen.
- dass das Demokratiefördergesetz im Bund zügig beschlossen wird und auch im Land vorhandene Programme fortgeführt und weitere Maßnahmen zur Förderung des Engagements aufgelegt werden, um wirksam agieren zu können. Hierfür ist eine enge Zusammenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung mit der Bundeszentrale notwendig. Beide müssen für den Kampf gegen antidemokratische Kräfte die erforderliche finanzielle Mittel zugestanden bekommen. Zusätzlich müssen Anträge für oben genannte Projekte vereinfacht und langfristiger aufgesetzt werden, um tatsächlich Wirkkraft zu entfalten.
- Den Sport als Mittel der Integration stärken. Bund und Land sollen Vereine, welche sich explizit für Demokratie und Integration einsetzen, stärken und fördern. Dabei muss insbesondere verdeutlicht werden, welcher wichtige gesellschaftliche Auftrag Sportvereinen innewohnt, und dass sie mit Demokratie untrennbar verbunden sind.
- Bürokratieabbau, um Vereine, Institutionen, Organisationen usw. eine barrierearme Förderkulisse zu ermöglichen und somit mehr Zeit für die eigentliche Arbeit aufgebracht werden kann.
- Die Ehrenamtsstiftung MV in Hinblick auf Arbeit für Demokratie stärken
- Der Erhalt und die Stärkung demokratiefördernder Projekte, vor allem im ländlichen Raum wie bspw. den Demokratiebahnhof in Anklam
- dass insbesondere jungen Menschen an Schulen sehr breit der Zugang zu außerschulischen Bildungsangeboten, wie beispielsweise Demokratie- oder Medienprojekten, ermöglicht wird. informellen Bildungsangeboten, wie beispielsweise Demokratie- oder Medienprojekten, muss über das Bildungsministerium ein einfacher und schneller Zugang zu jungen Menschen an Schulen ermöglicht werden. Dem stehen zu oft Lehrer\*innenmangel und das. An dieser Stelle müssen schulische und außerschulische

Bildungsprojekte besser zusammengebracht werden, denn so bekommen junge Menschen bessere Möglichkeiten, demokratiefördernde Kompetenzen zu erwerben und aktiv anzuwenden.

## Eine aktive Sozialpolitik und ein starker Staat als Beitrag zur Bekämpfung des Rechtspopulismus

Ein Faktor für die Anschlussfähigkeit des Rechtspopulismus sind erlebte Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten im Kontext des gesellschaftlichen Wandels. Diese Ungerechtigkeiten zeigen sich in vielfältiger Art und Weise. Entscheidende Faktoren sind hier die Schuldenbremse und die restriktive Finanzpolitik. Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass der Staat seine Aufgaben nicht mehr ausreichend wahrnimmt. Dieses Gefühl bietet eine Anschlussfähigkeit für Antworten, die nach unten zeigen und Ausgaben für Menschen mit weniger Glück beschränken wollen.

Den aktuellen Versuch konservativer Seite die Menschen im Niedriglohnsektor gegen die Menschen, die Bürger\*innengeld erhalten und Geflüchtete auszuspielen lehnen wir ab. Keinem Menschen geht es dadurch besser, dass Andere weniger haben. Unsere Antwort auf die Einhaltung des Lohnabstandsgebotes und der Steigerung der Attraktivität von Arbeit sind: armutsfeste Mindestlöhne und eine höhere Tarifbindung. Angstszenerien,-und Schikanen in diesem Bereichen lehnen wir generell ab.

Die Antwort der Sozialdemokratie muss dagegen ein Staat für alle Bürgerinnen und Bürger sein. Zentral sind hierbei der Bildungsbereich, der Gesundheitsbereich, der Verkehrsbereich und die sozialen Sicherungssysteme mit ihrer Absicherung für Rente und Pflege.

Deshalb wollen wir:

- starre Begrenzungen der Kreditaufnahme von Bund und Ländern, wie wir sie derzeit in den Verfassungen vorfinden, die Investitionen verhindern und die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigen, abschaffen und eine neue Schuldenregelung, die mehr Investitionen ermöglicht, um u.a. umfangreiche Investitionen in den Bildungsbereich, ins Gesundheitssystem, in die öffentliche Infrastruktur und die Ausstattung unserer Kommunen zu ermöglichen
- eine weitere Stärkung der Bildung im Land und eine weitere Modernisierung der Landes- und Kommunalverwaltungen
- einen armutsfesten Mindestlohn auf Bundesebene. Sollte sich hier die aktuelle Ausgestaltung der Mindestlohnkommission weiterhin als nicht konsensual insbesondere zwischen den Tarifpartnern muss eine Reform dieser geprüft werden.

## Die partizipative Demokratie als Mittel gegen den Vertrauensverlust demokratischer Institutionen

Bei den potentiellen Wähler\*innen der AfD wird in der Regel zwischen einem rechtsextremen Kern und sogenannten „Protestwähler\*innen“ unterschieden. Über die Jahre hat sich jedoch ein nicht unerheblicher Teil der Wähler\*innen der AfD in Teilen zu einer Stammklientel entwickelt. Unser Ziel ist es, zum einen die sich noch als Protestwähler\*innen begreifenden zurückzugewinnen und darüber hinaus vor allem aktuelle Nichtwähler\*innen zu erreichen, welche sich von der Demokratie und ihren Institutionen aus Frust abgewendet haben.

Hierfür gilt es die Gründe für bei diesen Menschen existierende Unzufriedenheit oder Gleichgültigkeit zu verstehen und durch wirkungsvolle politische Maßnahmen aufzulösen, denn

das beste Mittel gegen Wahlerfolge der AfD, ist es, die Menschen von der Teilnahme an demokratischen Wahlen zu überzeugen. Die bereits genannten zivilgesellschaftlichen Demokratieverbände und die Debatten rund um diese liefern wichtige Ansätze, um dieses Ziel zu erreichen. Neben der Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und der entschlossenen Verteidigung demokratischer Institutionen, braucht es einen Politikansatz, der seine Priorität darin sieht, Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu stärken und zurückzugewinnen. Ein solcher Politikansatz muss partizipativ sein und auch durch Elemente der direkten Teilhabe die Selbstwirksamkeit der Bürger\*innen in politischen Prozessen stärken.

Die Aufgabe der SPD ist es hierbei, einen solchen Ansatz mit einer aktiven Sozialpolitik und der umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft zu verbinden. Neuere soziologische Studien wie z.B. von Steffen Mau zeigen eindrücklich, dass Menschen, die in ihrem persönlichen Umfeld und insbesondere am Arbeitsplatz ein hohes Gefühl von Sicherheit und Autonomie haben, eher bereit sind, auch demokratische Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, die nicht mit ihren persönlichen Überzeugungen korrespondieren. Deshalb sind die Stärkung des Sozialstaates, die Verlässlichkeit im politischen Handeln und die Demokratisierung der Lebenswelten wichtigste Mittel gegen Demokratieverdross. Dort, wo Menschen materielle Nachteile befürchten, sinkt ihr Vertrauen in die Demokratie als Ganzes. Deshalb geht Beteiligung in demokratischen Prozessen mit Umverteilung und einer aktiven Sozialpolitik einher. Gerade im Osten haben besonders viele Menschen das Gefühl, nicht ausreichend „gesehen“ und an politischen Prozessen beteiligt zu werden und gleichzeitig einen unverhältnismäßig hohen Anteil an den materiellen Lasten gesellschaftlicher Veränderung tragen zu müssen.

Um dieser Entwicklung aktiv zu begegnen wollen wir:

- Bürgerbeiräte (u.a. Jugend, Senioren, Migranten) stärken und ihnen Rede- und Antragsrecht ermöglichen
- auf kommunaler Ebene Bürgerhaushalte flächendeckend etablieren, um Bürger Mitgestaltung an finanziellen Entscheidungen der Kommunen zu ermöglichen
- Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide als wirksame Instrumente direkter politischer Mitwirkung zu unterstützen, aber dabei einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen sichern, wenn damit beispielsweise rassistische Intentionen verfolgt werden.
- Das Instrument des Einwohnerantrages stärken
- stärkere materielle Beteiligung bei Infrastrukturvorhaben, z. B. bei der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Gewinnung Erneuerbarer Energien.

Konsequent gegen jeden Antisemitismus

Der 7. Oktober 2023 war durch den menschenverachtenden Angriff der terroristischen Hamas eine Zäsur in der Welt. Seit der Shoah starben nicht mehr so viele Jüdinnen und Juden an einem einzigen Tag. Wir stehen daher hinter dem Selbstverteidigungsrecht des Staates Israels und werden im Rahmen unserer Staatsräson immer alles dafür tun, um jüdisches Leben in Israel, aber auch darüber hinaus, zu schützen.

Es ist eine Schande, dass sich Jüdinnen und Juden v.a. in Deutschland nicht mehr sicher fühlen. Dies ist aber nicht erst seit dem 7. Oktober zu beobachten, sondern eine längere Entwicklung. Die Zahl antisemitischer Straftaten steigt seit Jahren. Zudem gab es einen dezidiert antisemitischen Anschlag in Halle im Jahr 2019. Dem Umstand, dass jüdisches Leben in Deutschland von vielen Seiten bedroht wird, müssen wir entschieden entgegenreten. Wir stellen uns entschieden gegen

jeden Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft. Jüdisches Leben zu schützen ist eine wesentliche Aufgabe des Staates und der Gesellschaft.

Immer häufiger zeigen sich antisemitische Stereotype in Verschwörungserzählungen. Der Kampf gegen Desinformation muss auch die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Fokus nehmen. Dies wollen wir neben Maßnahmen im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik auch in Präventionsprogrammen an Schulen, Hochschulen, Universitäten und anderen gesellschaftlichen Institutionen erreichen. Auf Antisemitismus braucht es stets eine konsequente und entschiedene Reaktion auf allen Ebenen. So müssen bspw. auch Exmatrikulationen an Hochschulen und Universitäten in MV auf antisemitische Vorfälle folgen sowie entsprechende Maßnahmen bei Angestellten des Landes MV. Es braucht das klare Signal, dass Antisemitismus und jegliche Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in MV nicht folgenlos bleiben kann und wird.

Deshalb wollen wir:

- Das Amt der/des Beauftragten der Landesregierung in MV für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus weiter stärken und öffentlich wahrnehmbarer gestalten. Perspektivisch soll die Möglichkeit eröffnet werden, die Aufgabe im Hauptamt auszuüben.
- Die Verstetigung des regelmäßigen Austausches zwischen Politik, Polizei und Vertreter\*innen jüdischer Gemeinden als Monitoring zur Entwicklung von Antisemitismus im Land
- weiterhin einen Jahresbericht zum Antisemitismus in MV durch die Dokumentationsstelle DIA.MV
- weiterhin einen verstärkten Schutz jüdischen Lebens, bspw. in Synagogen oder zu jüdischen Feiertagen
- Die Prüfung, inwiefern weitere Präventionsprogramme entwickelt oder bestehende an unseren Schulen, Hochschulen, Universitäten und weiteren gesellschaftlichen Institutionen weiterentwickelt werden, um gegen neue Formen antisemitischer Verschwörungserzählungen vorzugehen

Stärkung der wehrhaften Demokratie und ihrer Institutionen - Innenpolitik in den Fokus

Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie mit starken Institutionen, um die Resilienz der Demokratie nicht nur zu verteidigen, sondern auch zu stärken. Die nächsten Jahre besteht die ernstzunehmende Gefahr, dass rechtsextreme Kräfte in die Lage kommen, könnten, demokratische Institutionen anzugreifen. Deshalb braucht es Vorkehrungen im Grundgesetz sowie in den Landesverfassungen. Inwiefern diese auch in MV notwendig sind, muss geprüft werden.

Neben dieser realen Gefahr ist das rechtsextreme Gefährdungspotential auch abseits von Umfragen und Wahlergebnissen vielschichtig und hoch. Sowohl die wachsende Szene von Reichsbürgern mit deren delegitimierenden Haltung gegenüber dem Staat, rechtsextreme Strukturen (wie NSU 2.0 und, Nordkreuz) sowie die Bewaffnung von Rechtsextremen sind die aktuell größten Sicherheitsrisiken. Davon sind insbesondere Menschen mit Migrationserfahrung, jüdische Bürger\*innen, zivilgesellschaftlich aktive Akteur\*innen sowie alle, die nicht in das Weltbild der Faschisten passen, besonders betroffen. Der Kurs der Bundesinnenministerin Nancy Faeser, den Fokus auf dieses Feld zu legen, ist zu begrüßen. Der aktuelle Katalog an Maßnahmen von Seiten der Sicherheitsbehörden im Bund muss auch

durch Vorhaben in MV flankiert werden. Den rechtsextremen Parallelstrukturen, die sich auf verschiedenen Ebenen zeigen, muss der Kampf angesagt werden. Egal ob es dabei um rechtsextreme Kampfsportevents geht, um die Unterwanderung von NPD-Kadern in bspw. Kleingartenanlagen, wie aktuell in Stralsund, der Versuch rechtsextreme „No-Go-Areas“ zu etablieren wie in Jamel oder rechtsextreme Unternehmensnetzwerke, wie in Anklam. Die Hürden für den Eingriff von den Sicherheitsbehörden müssen gesenkt und der Fokus auf diese Felder gelegt werden. Es braucht eine Innenpolitik, die stärker als bisher das rechtsextreme Gefahrenpotential erkennt und sich u.a. einer konsequenten Entwaffnung von Rechtsradikalen widmet, sowie den Entzug von gesellschaftlichen Räumen dieser.

Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Recherchearbeit sowie weiterem Engagement ist in allen Bereichen, der Demokratie verpflichtet sind, das politische Gebot der Stunde.

Deshalb wollen wir,:

- dass das Bundesverfassungsgericht vor Einflussnahme demokratiefeindlicher Kräfte abgesichert—wird, indem zentrale Regelungen zu Organisation und Verfahren ins Grundgesetz aufgenommen werden.
- dass der aktuelle Katalog an Maßnahmen von Seiten der Sicherheitsbehörden im Bund ~~muss~~ auch im Land konsequent umgesetzt wird und geprüft wird, ob dieser durch einen eigenen Aktionsplan im Land erweitert ~~werden~~ wird.
- dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie die Landesämter für Verfassungsschutz bessere Datenübermittlungsbefugnisse erhalten, um anderen Behörden schneller und effizienter Erkenntnisse zu liefern, um weitere Maßnahmen prüfen zu können.
- die Überwachung von Finanzflüssen rechtsextremer Netzwerke erleichtern bzw. ermöglichen und eine Erweiterung auf Immobilien erreichen.
- im Einzelfall von Einreise- und Ausreiseverbote für Rechtsextreme konsequent Gebrauch machen.
- Verfassungsfeinde konsequent aus dem öffentlichen Dienst entfernen.
- die konsequente Entwaffnung von Rechtsextremisten und das Entziehen von Erlaubnissen des Besitzes, Nutzens oder Tragens von Waffen jeglicher Art. Hierfür müssen die rechtlichen Regelungen geschaffen und nachgeschärft werden.
- dass kommunale Amts- und Mandatsträger\*innen stärker geschützt werden. Hierfür sollen Bund und Land Möglichkeiten des Schutzes- und gegenseitigen Austausches nutzen, aber auch die Hürden für den Schutz besonders betroffener Amts- und Mandatsträger\*innen senken.

Dem Hass überall begegnen - auch im Netz

Um vor allem junge Menschen zu erreichen, fokussiert sich die sogenannte „Neue Rechte“ insbesondere auf SocialMedia-Kanäle, wie TikTok und Instagram. Dort erhalten sie einen uneingeschränkten Zugang zu einem großen Publikum, ohne dabei eine tatsächliche Kontrollinstanz zu erhalten. Somit wird ihnen die Möglichkeit gegeben, ungefilterte Input-Kanäle zu betreiben, um eine sogenannte „Gegenöffentlichkeit“ zu den seriös arbeitenden demokratischen Medien zu schaffen. Dabei sorgen diese Inhalte für eine Radikalisierung von



Menschen und können sie zu extremistischem Verhalten anstiften. Sie verstärken Spaltungen in der Gesellschaft und Feindseligkeit gegenüber bestimmten Gruppen wird geschürt. Durch die Verherrlichung von Gewalt und Hass wird die Legitimität von gewalttätigen Handlungen gefördert. Rechtsextreme schaffen ganz bewusst eine toxische Online-Kultur, die die Meinungsfreiheit anderer einschränkt und die Qualität des öffentlichen Diskurses beeinträchtigt.

Deshalb fordern wir:

- das Bundeskriminalamt muss gestärkt werden und für eine bessere Verfolgung und Überwachung von Hass im Netz sorgen: z.B. durch zentrale Meldestellen für strafbare Inhalte oder das Anregen von Löschungen von inkriminierten Inhalten bei den Providern, sowie eine konsequente Strafverfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Hassrede und Gewaltaufrufen.
- eine Fokussierung auf die Früherkennung von Desinformationskampagnen aus dem In- und Ausland, um Falschinformationen oder Manipulationen schnell zu identifizieren und zu bekämpfen.
- weiterhin konsequent Mittel auf Bundes- und Landesebene, die die Medienkompetenz fördern und die Öffentlichkeit über die Gefahren des Rechtsextremismus im digitalen Raum informieren und dazu anregen, präventive Maßnahmen zu ergreifen, sowie regelmäßige Prüfung, ob dies weitergehender Stärkung bedarf.

Auch Mittel für Programme und Aufklärungskampagnen müssen vermehrt eingesetzt werden. Ein weiteres wichtiges Element, um Rechtsextremismus im Netz zu begegnen, ist die Unterstützung von Initiativen, als positive Gegenstimmen und alternative Narrative im Netz.

Um weitere konkrete Maßnahmen gegen die Verbreitung von rechten Parolen im Netz zu entwickeln, ist es weiterhin wichtig, Forschungsprojekte zur Analyse von Online-Plattformen und Algorithmen, um die Verbreitung von rechtsextremen Inhalten zu verstehen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln, zu fördern. Nur wenn wir als demokratische Parteien konsequenter gegen die ungebremste Verbreitung von rechtem Hass und Hetze im Netz vorgehen, können wir ihren Einfluss tatsächlich nachhaltig einschränken. Auch eigene Social-Media Kampagnen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus können hier sehr zielführend sein.

Nie wieder ist jetzt - Demokratie verteidigen!

Mit diesen konkreten Maßnahmen zur Stärkung unserer Demokratie gehen wir voran und wollen zum einen für mehr Vertrauen in unsere demokratische und werteorientierte Politik sorgen und zum anderen unsere demokratischen Institutionen und Zivilgesellschaft hier vor Ort stärken. Wir Sozialdemokrat\*innen geben Zuversicht und Mut und machen klar, dass der Erhalt und Stärkung unserer Demokratie die einzige Antwort auf eine Welt im Wandel und im Umbruch ist. Wir bieten der extremen Rechten und der Verbreitung von Hass und Hetze in jeglicher Hinsicht die Stirn. Wir werden nicht leiser, auch wenn Rechte und Konservative, die die Blau-Braunen hofieren, lauter werden. Für uns zählt heute, wie damals: Keinen Fußbreit den Demokratiefeind\*innen und Faschist\*innen vor Ort und weltweit. Dafür machen wir uns stark. Das ist der Wesenskern unserer

Politik. Die Sozialdemokratie wurde dafür schon einmal verboten und Sozialdemokrat\*innen wurden verfolgt. Die Folgen waren die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte. Unser historischer Auftrag ist es, dass sich das niemals wiederholt. Wir haben es in der Hand: Nie wieder ist jetzt!